

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Dannerbohn in Eibenstock.

48. Jahrgang.

Dienstag, den 21. Mai

Erstausgabe

wöchentlich drei Mal und zwar  
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-  
abend. Insertionspreis: die  
kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im  
amtlichen Theile die gespaltene  
Zeile 30 Pf.

### Abonnement

viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließt.  
des „Illustr. Unterhaltungsbl.“  
u. der Humor. Beilage „Seifen-  
blasen“ in der Expedition, bei  
unsern Boten sowie bei allen  
Reichspostanstalten.

N 60.

1901.

Auf dem neuangelegten Blatte 250 des Handelsregisters für den hiesigen Landbezirk  
ist heute eingetragen worden und zwar:

a. in Abtheilung I, Firma:

**Saxonia-Farbenglaswerke Freystadt & Bleckmann** in  
Weitersglashütte bei Carlsfeld.

b. in Abtheilung II, Rechtsverhältnisse:

Gesellschafter sind:

a. der Kaufmann **Alois Freystadt** in Dresden,

b. der Kaufmann **Otto Alfred Friedrich Richard Bleckmann** in  
Dresden.

Die Gesellschaft ist am 1. Mai 1901 errichtet worden.

Eibenstock, den 11. Mai 1901.

**Königliches Amtsgericht.**

Dg.

### Bekanntmachung.

Eingegangen sind:

a. vom **Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen** die  
Stücke 4 und 5.

b. vom **Reichsgesetzblatt** die Nrn. 12 bis 16.

Die Gesetze, deren Inhalt aus den im Eingange des Rathhauses befindlichen  
Anschlägen ersichtlich ist, liegen **14 Tage lang** zu Jedermanns Einsicht an Rathsstelle aus.  
Eibenstock, den 17. Mai 1901.

**Der Rath der Stadt.**

Hesse.

Müller.

Nr. 118 des Verzeichnisses der unter das Schank- und Tanzstättenverbot gestellten  
Personen ist zu streichen.

**Stadtrath Eibenstock, den 20. Mai 1901.**

Hesse.

M.

### Rumänien und Griechenland.

Die Herrscher des nördlichsten und des südlichsten der  
Balkanstaaten, Rumäniens und Griechenlands, sind in voriger  
Woche in Abbazia zusammengetroffen. Vielleicht der Umstand,  
daß gegenwärtig politische Windstille herrscht, vielleicht auch der  
andere, daß diese Monarchenbegegnung in gegenwärtiger Saison  
die erste ist, haben dieser Zusammenkunft eine erhöhte politische  
Bedeutung beigelegt und die Bukarester Berichtersteller der  
großen Zeitungen haben ihr Licht in zahlreichen Privattelegrammen  
leuchtend lassen. Inwiefern, wenn auch nach dem Sprichwort  
die Wände Ohren haben, so scheint dies doch bei den Wänden  
der Fürstenschlößer nicht der Fall zu sein. Von dem, was dort  
gesprochen wird, gelangt gerade nur soviel an die Öffentlichkeit,  
als die Betheiligten für gut halten, bekannt werden zu lassen.

Griechenland und Rumänien haben nur wenig Berührungspunkte  
miteinander. Die Griechen sind die Nachkommen der  
uralten Bewohner Griechenlands, der Hellenen, und die Rumänen  
führen ihren Ursprung auf die Römer zurück, welche Behauptung  
in ihrer Sprache einen überzeugenden Beweis findet. Seitdem  
Griechenland durch den letzten leichtsinnig vom Zaune gebrochene  
Krieg gegen die Türkei zu der Ueberzeugung gelangt ist, daß für  
die Kleinen der Balkanhalbinsel die Zeit der Eroberungspolitik  
vorbei ist, hat das Land und seine Regierung konservativere  
Richtungen bekundet. Mit der friedlichen Erwerbung von Kreta, die  
ja schließlich nicht ausbleiben wird, ist der Traum von einem  
künftigen Großgriechenland ausgeträumt. Rumänien hat sich  
solchen phantastischen Vergrößerungsplänen nie hingeegeben. Die  
Donau bildet seine natürliche Südgrenze und es kann nicht  
hoffen, von Rußland Besitztümer zurückzugewinnen. Im Westen,  
in Siebenbürgen und der Bukowina leben zwar zahlreiche  
Rumänen; aber selbst der Versuch, deren Gebiete mit Rumänien  
zu vereinigen, würde zwar Ungarn und die habsburgische Dynastie,  
leineswegs aber die Staaten der Balkanhalbinsel betreffen.  
Rumänien hat also von einer ferneren Zerstückelung der Türkei  
nichts für sich zu hoffen. Schon aus diesem Grunde ist auch  
seine auswärtige Politik schon seit zwei Jahrzehnten eine durch-  
aus konservative gewesen.

Das Gleiche läßt sich nun von Serbien und Bulgarien nicht  
sagen. An deren Grenzen gegen die Türkei hin herrscht fast  
dauernd ein Kleinkrieg mit den Grenzwehnen des Großsultans.  
Bulgarien, das auf Rußland rechnet, dem es ja auch erst seine  
politische Existenz verdankt, richtet seine begierlichen Blicke stets  
auf das benachbarte Mazedonien, und bei einem allgemeinen  
Kraus auf der Balkanhalbinsel hofft auch Serbien immer noch  
im Trüben fischen und seine großserbischen Pläne verwirklichen  
zu können. Dadurch werden diese beiden Staaten aber nicht  
nur eine Quelle der Beunruhigung für die türkischen Gebiete,  
sondern auch für die übrigen Balkanstaaten. Man erinnert sich  
der Umtriebe und Morde des bulgarisch-macedonischen Komitees,  
die vor einigen Monaten fast zu einem Kriege zwischen Rumänien  
und Bulgarien geführt hätten. Daß aber Mazedonien nicht an  
Bulgarien komme, daran hat Griechenland das größte Interesse,  
denn bei einer etwaigen Auftheilung der Türkei glaubt es gerade  
auf Mazedonien die besseren Ansprüche zu haben. Es versteht  
sich nun, daß Griechenland und Rumänien sich näher rücken,  
um gemeinsam gegen jene ihnen gefährlichen bulgarischen Agitationen  
Front zu machen. Werden sie an diesem Streben einig, so haben  
sie selbstverständlich den stärksten Rückhalt an der Türkei. Ein  
Handinhandgehen Rumäniens und Griechenlands mit der Pforte  
würde die beste Sicherheit für die dauernde Ruhe auf der Balkan-  
halbinsel bieten. Der schlimmste Feind dieser Ruhe sind gegen-  
wärtig die Zustände in Bulgarien.

Bulgarien, diese junge russische Staatschöpfung, ist noch  
niemand, sich selbst nicht, zum Heile geworden. Bulgariens sinn-  
lose Politik, die bald die Dobrudscha von Rumänien losreißen,  
bald Mazedonien annectieren will, bald Serbien, ja selbst  
Griechenland bedroht, ist die hauptsächlichste Hindernisse auf der  
Balkanhalbinsel. Von Rußland als Außenfort geschaffen, hat  
es seinem Zwecke nicht nur nicht entsprochen, sondern ist im  
Gegentheil selbst seinem Stifter, dem Zarenreiche, in hohem  
Grade unbecquem geworden. Nachdem es den braven Batten-  
berger den russischen Intrigen hatte zum Opfer werden lassen,  
— nachdem der zwar eigenwillige, aber doch hochpatriotische

Stambulow das Opfer einer nie ernstlich verfolgten Mörder-  
hande geworden war, hat es seinen jetzigen Fürsten Ferdinand  
in einen Zustand vollständiger Ohnmacht versetzt und die ganze  
Balkanhalbinsel mit revolutionären Agitatoren versorgt. Ver-  
gebens hat Rußland, das zur Zeit wenigstens keine kriegerischen  
Konflikte am Balkan brauchen kann, gewarnt und gedroht, endlich  
hat es die Türken als Gendarmen gegen die bulgarischen Agita-  
toren zugelassen.

Es gehört keine Prophetengabe dazu, wenn man behauptet,  
die Monarchenbegegnung in Abbazia werde den Bulgaren  
wohl die Augen öffnen und sie davon überzeugen, daß sie mit  
ihren Agitationen und ihrem Unruhbestreben nirgends Rückhalt  
finden. Inwiefern ist die Zusammenkunft der Könige von Griechen-  
land und Rumänien von aller Welt mit Genugthuung als ein  
neues friedensbegünstigendes Symptom zu begrüßen.

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Die Energie, mit welcher unlängst in viel-  
bemerkter Weise die sächsische Regierung ihr Bestimmungs-  
recht in Reichsfinanzfragen betont hat, findet ihre sachgemäße  
Erklärung durch die Finanzlage der beiden kleineren thüringischen  
Bundesstaaten. Nach dem Beschlusse des gemeinschaftlichen Land-  
tages zum gemeinschaftlichen Etat stellt sich die Einnahme auf  
3,097,420 Mark, die Ausgabe 3,757,620 M. Es besteht also  
ein Ausgabenüberschuß von 660,200 M., welcher mit 198,060 M.  
von der Spezialkasse in Koburg und mit 462,140 M. von der  
Spezialkasse in Gotha getragen werden muß. Gegen den vorigen  
Etat ist der Ausgabenüberschuß um 57,039 M. gestiegen. Es  
begreift sich angesichts einer solchen, für Länder wie Koburg und  
Gotha doppelt drückenden Unterbilanz, daß man mit wachsender  
Bejournis der Gestaltung der Reichsfinanzen folgt und auf eine  
reine finanzielle Scheidung zwischen Reich und Bundesstaaten  
drängt. Die Verhältnisse werden sich in Kürze als so stark  
erweisen, daß das Centrum nachgeben und auf die eine oder  
andere Weise einer Reichsfinanzreform zustimmen muß. Der  
Zeitpunkt wird um so eher eintreten, je energischer die mittleren  
und kleineren Bundesstaaten für ihre eigenen finanziellen Lebens-  
interessen im Bundesrat eintreten und in der Forderung einer  
Finanzreform nicht nachlassen.

— Die „S. P. N.“ schreiben: Es ist noch lange kein Men-  
schenalter her, seit die amerikanische Landwirtschaft sich planmäßig  
und einheitlich zu dem Zwecke organisierte, den europäischen Markt  
zu erobern und dauernd ihrer Herrschaft zu unterwerfen. Dieses  
mit jüher Energie verfolgte Ziel ist bekanntlich auch in dem  
Maße erreicht worden, daß Chicago preisbestimmend für den  
europäischen Markt, insbesondere den Getreidemarkt, geworden ist.  
Jetzt deuten alle Anzeichen darauf hin, daß die amerikanische  
Industrie sich anschickt, dem Beispiele der amerikanischen Land-  
wirtschaft zu folgen und während früher die europäische Industrie  
den amerikanischen Markt beherrschte und die Vereinigten Staaten  
als ihr natürliches Absatzgebiet ansah, umgekehrt beabsichtigt,  
selbst den europäischen Markt für sich zu erobern und der euro-  
päischen Industrie das Feld in Europa streitig zu machen. Die  
Vereinigung der größten amerikanischen Industrien in riesige,  
ungemein kapitalträchtige Trusts und die Erwerbung ganzer Flotten  
von Seeschiffen für diese industriellen Vereinigungen lassen keinen  
Zweifel darüber, welches Ziel sich die amerikanische Industrie  
gesteckt hat. Wer die Amerikaner kennt, wird auch keinen Zweifel  
darüber hegen können, daß der wirtschaftliche Kampf gegen die  
europäische Industrie mit äußerster Energie, Fähigkeit und Rück-  
sichtslosigkeit geführt werden wird und daß demzufolge die euro-  
päische Industrie alle Kräfte hat, sich rechtzeitig nach Kräften  
für diesen Kampf zu rüsten, wenn sie ihn mit einiger Aussicht  
auf Erfolg aufnehmen will. Daß sich die Länder und Staaten  
Europas zu gemeinsamer Abwehr gegen den überseeischen Angriff  
vereinigen, erscheint bedauerlicherweise ausgeschlossen. Die deutsche  
Industrie wird daher den Kampf für sich aufnehmen müssen,  
und es wird sich von selbst die Frage auf, ob sie für einen sol-  
chen Kampf, der zweifellos den Charakter eines Existenzkampfes  
annehmen wird, voll gerüstet ist, oder was zu diesem Ende noch  
zu geschehen hat. Ohne diese Frage im übrigen zur Zeit noch  
vertiefen zu wollen, beschränken wir uns für heute, darauf hin-  
zuweisen, daß durch die Erlegung des Reiches in den letzten

Jahren die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie nicht  
weniger als gestärkt worden ist. Von den Bestrebungen, den  
Unternehmern das zur Entwicklung der vollen Kraft der In-  
dustrie nötige Bestimmungsrecht über ihre Betriebe ganz oder  
zum Theil zu entreißen, abgesehen, hat die Gesetzgebung des  
Reiches unsere Industrie theils mit erheblichen Ausgaben sozial-  
politischer Natur belastet, theils sie in der Bewegungsfreiheit  
erheblich eingeschränkt. Wie immer wohlthätig diese Maßnahmen  
nach anderer Richtung hin gewirkt haben, so bedeuten sie doch  
sämtlich eine Steigerung der Produktionskosten für unsere In-  
dustrie und demzufolge eine Schwächung ihrer Widerstandsfähig-  
keit gegen den drohenden überseeischen Angriff. Angesichts der  
hieraus entstehenden Gefahren muß es daher jedenfalls als eine  
unerlässliche Forderung weiser Wirtschaftspolitik bezeichnet werden,  
daß für die Folge von allen gesetzgeberischen Maßnahmen Abstand  
genommen wird, die die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie  
durch Vermehrung ihrer Lasten oder durch Beeinträchtigungen  
ihrer freien Bewegung zu vermindern geeignet sind.

— Im württembergischen Landtag hat die  
Volkspartei einen Antrag eingebracht, der dahin geht, unter  
Wahrung des verfassungsmäßigen Reservatrechts der eigenen Post-  
verwaltung übereinstimmende Postwertzeichen  
auszugeben. Dabei soll jede finanzielle Beeinträchtigung Württem-  
bergs ausgeschlossen sein, ein Kündigungsrecht vorbehalten und  
Beibehaltung der bisherigen Portolage sichergestellt werden. —  
In der Sonnabend-Sitzung der Kammer der Abgeordneten er-  
klärte nun der Ministerpräsident: über die Frage der Einführung  
einheitlicher Postwertzeichen habe in letzter Zeit ein schriftlicher  
und mündlicher Meinungsaustausch zwischen den beteiligten  
Stellen stattgefunden zur Prüfung, ob dabei die Wahrung sämt-  
licher Sonderrechte Württembergs möglich und ob sich eine ge-  
eignete Abrechnungsweise finden lasse. Die Verhandlungen seien  
noch nicht abgeschlossen. So lange dies nicht der Fall sei, müsse  
sich die Regierung einen Eintritt in die Diskussion verlagern;  
über das Ergebnis werde den Ständen Mittheilung zugehen.

— Serbien. Die wiederholt als nahe bevorstehend an-  
gekündigten Vaterfreuden König Alexanders von Serbien  
sind englisch zerstückelt und dem diplomatischen Korps von dieser  
überaus peinlichen Thatfache Mittheilung gemacht worden. Wiener  
Blätter wollen wissen, daß es sich bei der ganzen Angelegenheit  
um eine Unterchiebungsintrigue gehandelt habe, die aber miß-  
glückt sei. Jedenfalls ist der Sachverhalt noch nicht ganz klar-  
gestellt. Ist König Alexander von seiner Gattin mit Vorbedacht  
getäuscht worden, so dürften sich für die Königin sehr ernste  
Konsequenzen ergeben. Man spricht sogar von Ehecheidung und  
Auswanderungsverweisung der Draga. Selbst ein freiwilliger  
Thronverzicht des Königs wird in Erwägung gezogen. Jeden-  
falls — eine unerquickliche Angelegenheit, die den Ruf Serbiens  
nicht gerade zu heben dienlich erscheint.

— China. Die baldige Rückkehr des Grafen  
Waldersee wird abermals in Aussicht gestellt. Neuerdings  
wird dem „Lokal-Anz.“ in Bestätigung früherer Nachrichten aus  
Peking berichtet, die Annahme, daß Graf Waldersee im nächsten  
Monat die Heimreise antreten werde, gewinne an Wahrschein-  
lichkeit, und zwar dürfte er über Japan reisen, wo er sich auf  
Einladung des Mikado einige Tage aufzuhalten gedenkt. Der  
Feldmarschall bezog sich auf zwei Tage nach Baotingsu.

— Feldmarschall Graf Waldersee meldet aus Peking:  
Nach verschiedenen Nachrichten sind wiederholt Seräuber südlich  
Schanhaikwan gelandet und haben Erpreßungen verübt. S. M.  
Kanonenboot „Itis“ ist im Golf von Petchili eingetroffen, um  
die Rüste abzufischen.

— Südafrika. Aus London wird berichtet, daß Frau  
Botha dem Präsidenten Krüger, der jetzt plötzlich als ver-  
handlungsfähig von den Engländern anerkannt wird, ein eigen-  
händiges Schreiben von Lord Ritchener, in welchem äußerst  
günstige Friedensbedingungen zugesichert wurden, zu überbringen  
habe. Der zur Vermittelung ausersehenen Dame soll zur Reise  
nach Durban ein eigener Salonwagen und auf dem Schiffe eine  
besonders ausgestattete Kajüte zur Verfügung gestellt sein. Auch  
Cecil Rhodes soll sich jetzt für milde Friedensbedingungen  
ausgesprochen haben. Eine Erklärung für den Wechsel in der  
Stimmung beim britischen Oberkommando und vielleicht auch